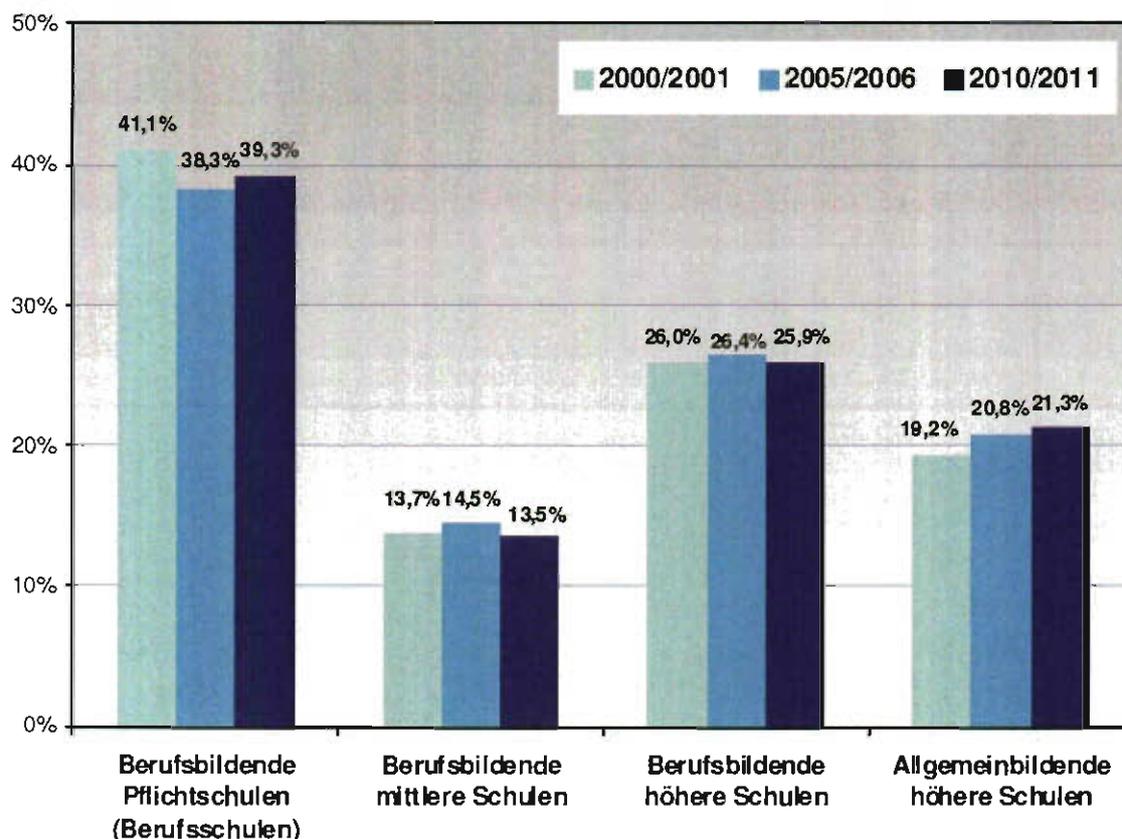


Die – nach BMS und BHS differenzierte – Langzeitbetrachtung (Schuljahr 2000/01 bis Schuljahr 2010/11) zeigt (siehe Grafik 4-25): Der Anteil der SchülerInnen in Berufsschulen (Lehrlingsausbildung) war in diesen 10 Jahren rückläufig (von 41,1% auf 39,3%), Zugewinne konnten hingegen vor allem die allgemeinbildenden höheren Schulen verbuchen (von 19,2% auf 21,3%). Allerdings ist die Lehrlingsausbildung (Berufsschulen) in der Einzelbetrachtung nach wie vor mit großem Abstand der quantitativ bedeutendste Ausbildungsweg auf Ebene der 10. Schulstufe (39,3% der SchülerInnen).

Grafik 4-25: Verteilung der SchülerInnen in der 10. Schulstufe im Zeitverlauf
(Schuljahr 2000/2001 - 2010/2011)



Quelle: Statistik Austria, BMUKK + ibw-Berechnungen

Anmerkungen:

BMS inkl. sonstige berufsbildende (Statut)Schulen

AHS inkl. sonstige allgemeinbildende (Statut)Schulen

BHS inkl. Bundesanstalten. f. Kindergarten- u. Sozialpädagogik

Ohne lehrerbildende mittlere Schulen (Sportakademien), da diese einer anderen Alterskohorte zugerechnet werden müssen (Mindestalter: 18 Jahre)

Für das Schuljahr 2004/2005 liegen keine vollständigen Datenbestände vor.

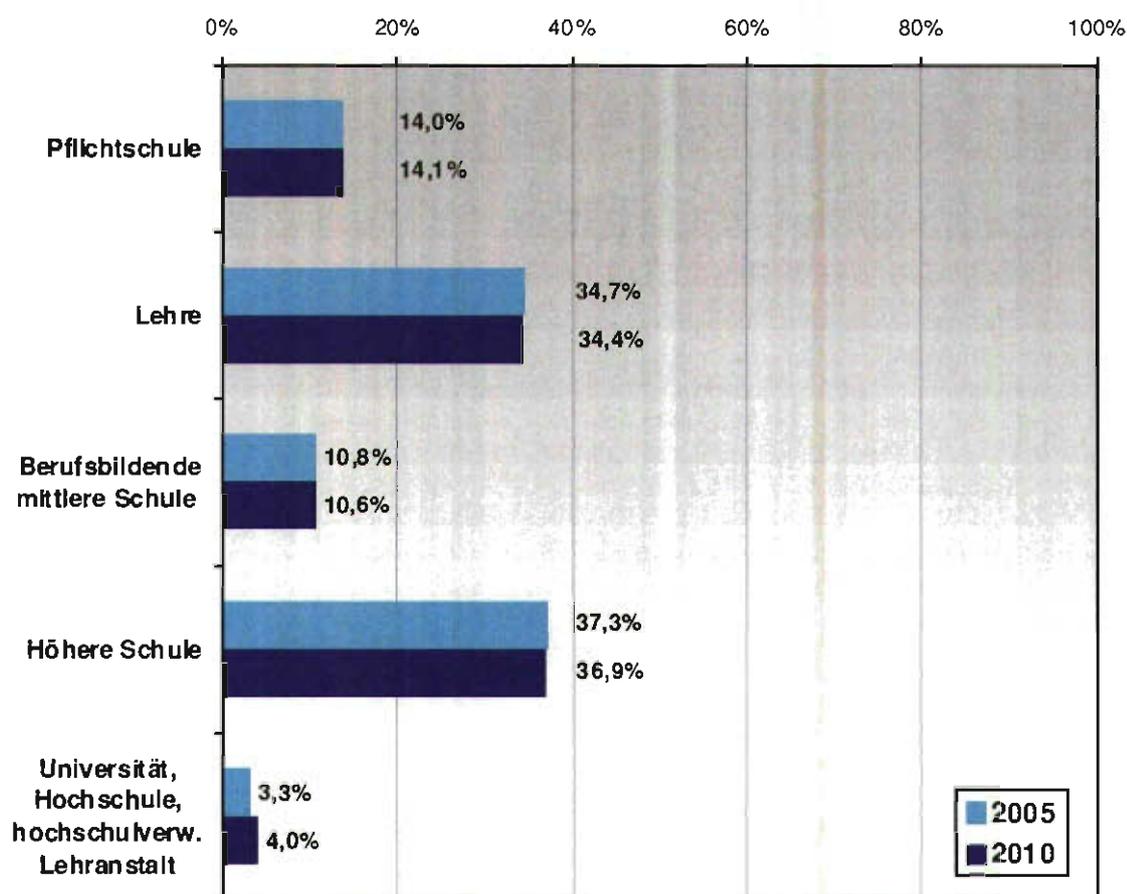
Als Folge des Bildungswahlverhaltens nach der 8. bzw. 9. Schulstufe kann das erreichte Bildungsniveau der 20- bis 24-Jährigen betrachtet werden (vgl. Grafik 4-26). Zu bedenken ist, dass bei dieser Betrachtungsweise die Anteile der einzelnen Bildungswege niedriger sind als bei der Verteilung in der 10. Schulstufe. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass unter allen 20- bis 24-Jährigen ja auch Personen enthalten sind, die Ausbildungen (nach der 10. Schulstufe) abgebrochen haben („Drop-Outs“) oder in der 10. Schulstufe gar

nicht mehr in Ausbildung waren. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass in Grafik 4-26 die höchste abgeschlossene Ausbildung dargestellt ist, wodurch vorangegangene Ausbildungen nicht (mehr) sichtbar sind. Allerdings gibt es in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ohnehin noch kaum AbsolventInnen von Universitäten und (Fach-)Hochschulen (4,0% im Jahr 2010).

Gemäß Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung war im Jahr 2010 die **höchste abgeschlossene Ausbildung unter den 20- bis 24-Jährigen** bei **36,9%** eine **höhere Schule** (BHS oder AHS) und bei **34,4%** eine **Lehre**. **14,1%** der 20- bis 24-Jährigen hatten 2010 **keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss**. Hierbei gibt es auch starke Unterschiede nach Staatsbürgerschaft (vgl. auch Kapitel 8). Unter den 20- bis 24-Jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft befanden sich im Jahr 2010 11,6% an Personen, die lediglich über (maximal) einen Pflichtschulabschluss verfügen, unter den 20- bis 24-Jährigen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft waren dies 30,8% (Quelle: Statistik Austria + ibw-Berechnungen).

Grafik 4-26: Bildungsniveau der 20- bis 24-Jährigen (Höchste abgeschlossene Ausbildung)

(Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Jahresdurchschnitt 2005 + 2010)

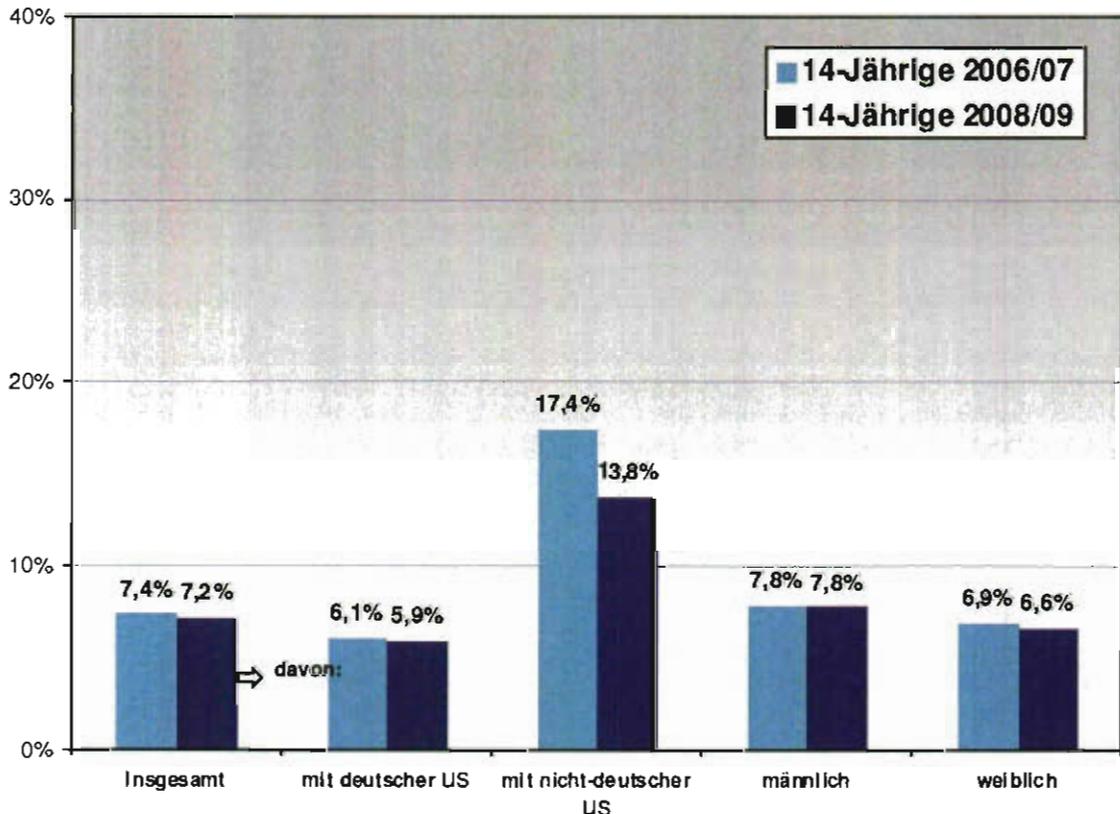


Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung) + ibw-Berechnungen

5 Jugend ohne Ausbildung

Die hohe Bedeutung einer (über die Pflichtschule hinaus) weiterführenden Ausbildung für die Arbeitsmarktintegration und eine erfolgreiche Berufslaufbahn steht außer Zweifel (vgl. zum Beispiel Abschnitt 8.2). Es muss daher Ziel der Bildungspolitik sein, den Anteil an Jugendlichen, welche nach 9 Pflichtschuljahren das (Aus-)Bildungssystem bereits verlassen, möglichst gering zu halten. Auf Basis des Bildungsdokumentationsgesetzes liegen nunmehr auch verlässliche Daten über frühe „Drop-Outs“ vor (vgl. Grafik 5-1). Im Schuljahr 2008/09 betrug der Anteil an 14-Jährigen, welche im Folgeschuljahr keine weiterführende Ausbildung (inkl. Lehrausbildung/Berufsschulen) besuchten, 7,2%. Im Vergleich zu 2 Jahren davor ist dieser Anteil leicht gesunken (von 7,4% auf 7,2%). Besonders hoch ist dieser Anteil bei Jugendlichen mit nicht-deutscher Umgangssprache (13,8%), bei männlichen Jugendlichen ist er etwas höher (7,8%) als bei weiblichen (6,6%). Nach Bundesländern betrachtet (vgl. Grafik 18-2) ist er vor allem in Tirol überdurchschnittlich hoch (11,0%).

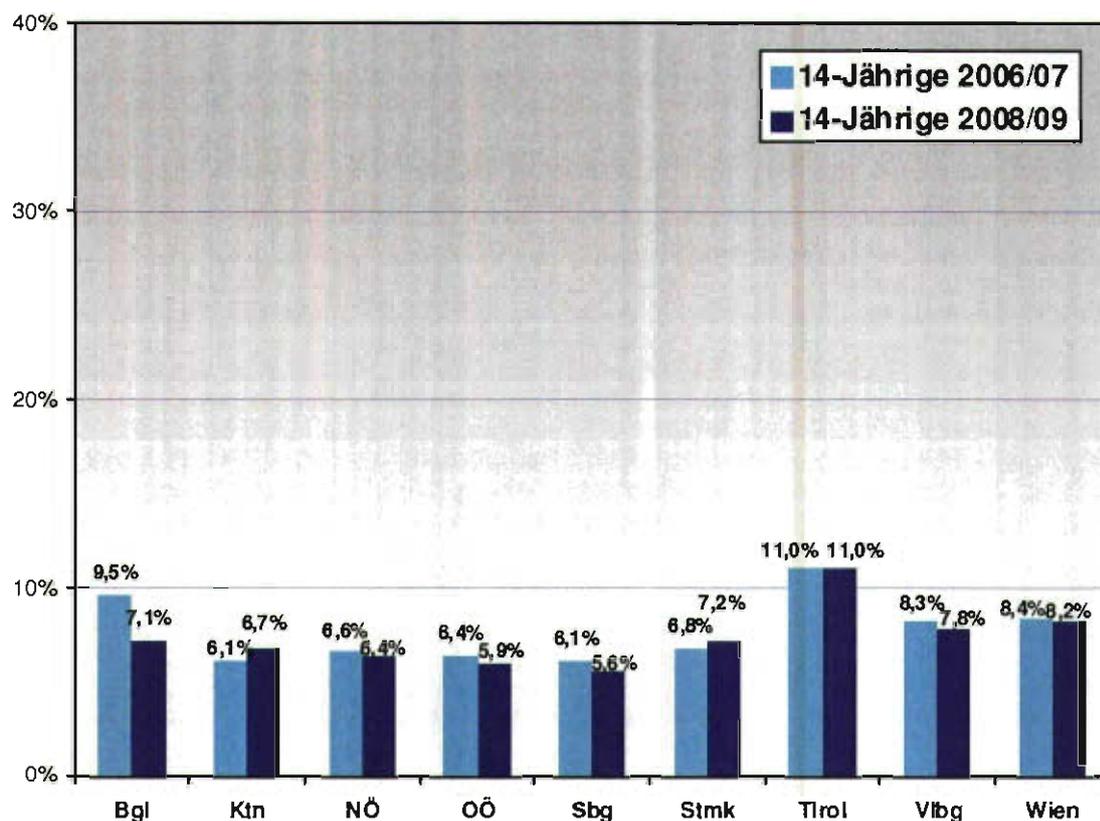
Grafik 5-1: Anteil an 14-Jährigen* der Schuljahre 2006/07 bzw. 2008/09 ohne weitere Ausbildung in den Folgeschuljahren (2007/08 bzw. 2009/10): insgesamt sowie nach Umgangssprache (US) und Geschlecht



Quelle: Statistik Austria (2012, 2011): Bildung in Zahlen 2010/11, 2009/10 – Tabellenband, Wien

*Anmerkung: 14-jährige SchülerInnen (Alter zum Stichtag 1. September 2006 bzw. 2008) der Schuljahre 2006/07 bzw. 2008/09, die bei regulärer Einschulung im Alter von 6 Jahren im Schuljahr 2006/07 bzw. 2008/09 im letzten Jahr der Schulpflicht sind. Berücksichtigt sind nur weiterführende Schulausbildungen innerhalb von Österreich.

Grafik 5-2: Anteil an 14-Jährigen* der Schuljahre 2006/07 bzw. 2008/09 ohne weitere Ausbildung in den Folgeschuljahren (2007/08 bzw. 2009/10) nach Bundesländern



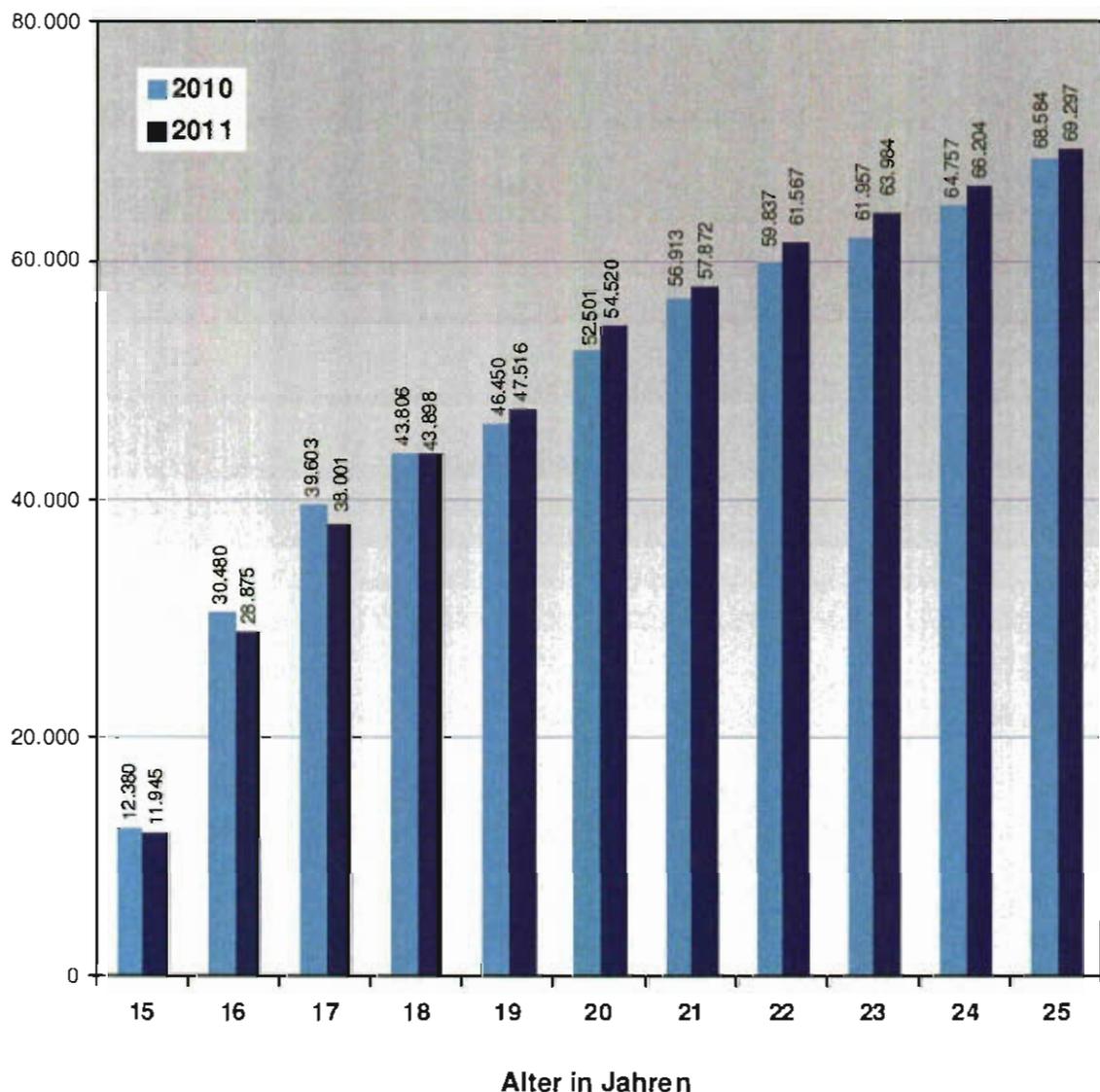
Quelle: Statistik Austria (2012, 2011): Bildung in Zahlen 2010/11, 2009/10 – Tabellenband, Wien

*Anmerkung: 14-jährige SchülerInnen (Alter zum Stichtag 1. September 2006 bzw. 2008) der Schuljahre 2006/07 bzw. 2008/09, die bei regulärer Einschulung im Alter von 6 Jahren im Schuljahr 2006/07 bzw. 2008/09 im letzten Jahr der Schulpflicht sind. Berücksichtigt sind nur weiterführende Schulausbildungen innerhalb von Österreich.

6 Jugend in Beschäftigung

Im Jahresdurchschnitt 2011 waren insgesamt (d.h. inkl. Lehrlinge) 543.679 Jugendliche/Jungerwachsene im Alter von 15 bis 25 Jahren in Österreich beschäftigt (Quelle: Hauptverband der österreichischen SV-Träger + ibw-Berechnungen). Dies sind rund 6.000 Beschäftigte im Alter von 15 bis 25 Jahren mehr als im Jahresdurchschnitt 2010 (2010: 537.268).

Grafik 6-1: 15- bis 25-Jährige in Beschäftigung (inkl. Lehrlinge)
(Jahresdurchschnitt 2010 + 2011)



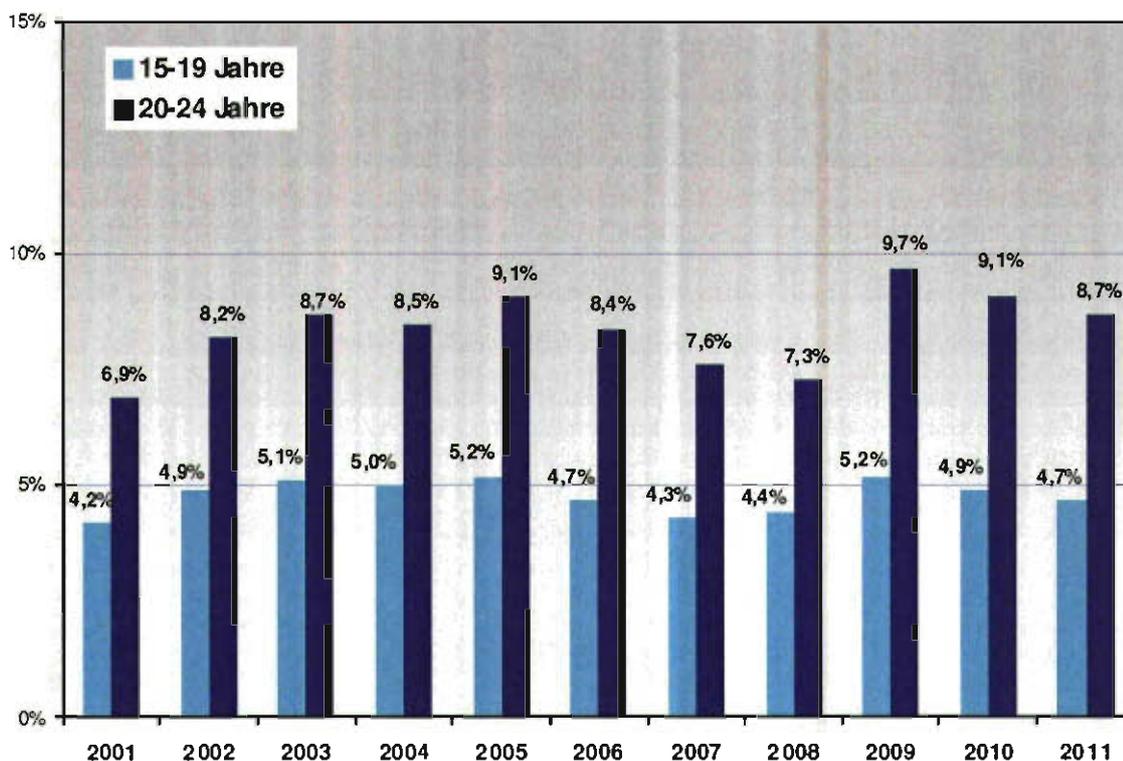
Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger

Anmerkungen: Ohne präsenzdienstleistende Personen und KRG- bzw. KBG-BezieherInnen. Altersgliederung nach vollendetem Alter.

7 Jugendarbeitslosigkeit (und Lehrlingsausbildung)

Grafik 7-1 veranschaulicht die Entwicklung der Jugendarbeitslosenquoten (nationale Berechnungsweise gemäß AMS) in Österreich seit 2001. Im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist 2009 vor allem die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen stark gestiegen (von 7,3% auf 9,7%), 2010 und 2011 wieder leicht gesunken (auf 8,7% im Jahr 2011).

Grafik 7-1: Jugendarbeitslosenquoten der 15- bis 19- sowie 20- bis 24-Jährigen in Österreich
(Jahresdurchschnitte; Nationale Berechnungsweise (AMS))

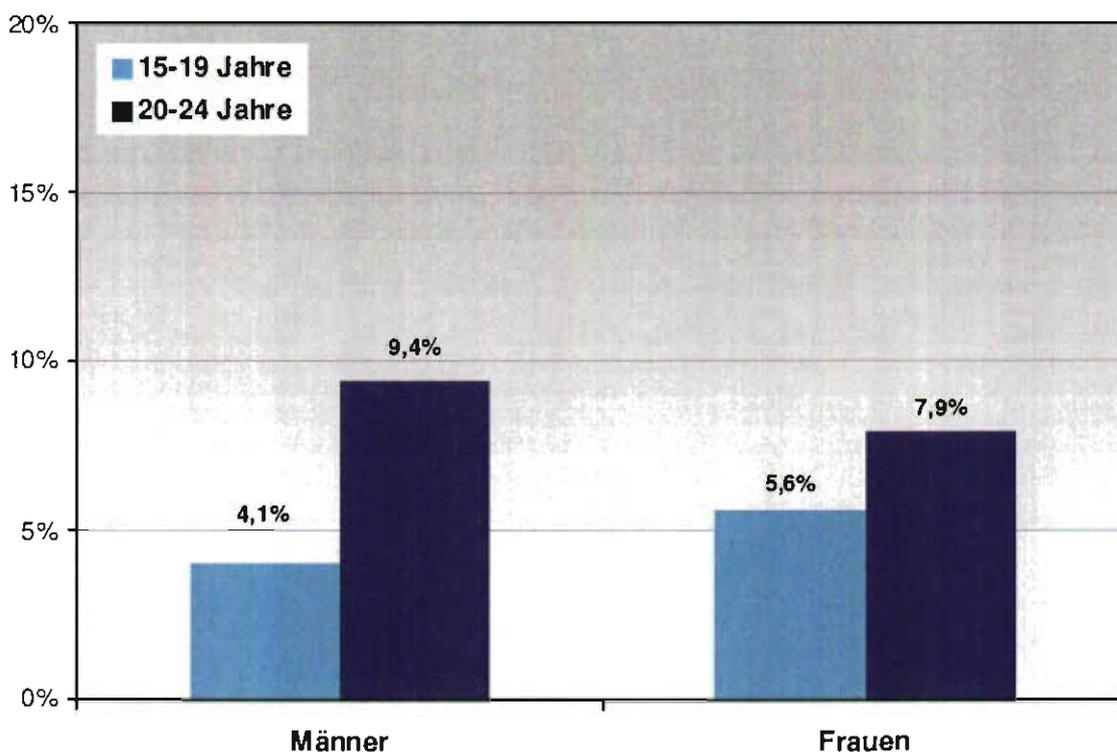


Quelle: BMASK (BALweb)

Anmerkung: Bis 2007 liegen nur die „Alten“ Beschäftigtendaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (d.h. u.a. ohne freie Dienstverträge) vor. Ab 2008 wurden die „Neuen“ Beschäftigtendaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (d.h. u.a. inkl. freie Dienstverträge) verwendet.

Die Analyse der Jugendarbeitslosenquote nach Geschlecht ist nicht zuletzt in Zusammenhang mit den unterschiedlichen Ausbildungswegen von männlichen und weiblichen Jugendlichen zu sehen. Bei den 15- bis 19-Jährigen ist 2011 die Arbeitslosenquote der Frauen höher (5,6% bei den Frauen und 4,1% bei den Männern), bei den 20- bis 24-Jährigen hingegen jene der Männer (9,4% bei den Männern und 7,9% bei den Frauen).

Grafik 7-2: Jugendarbeitslosenquote nach Geschlecht
(Jahresdurchschnitt 2011; Nationale Berechnungsweise (AMS))



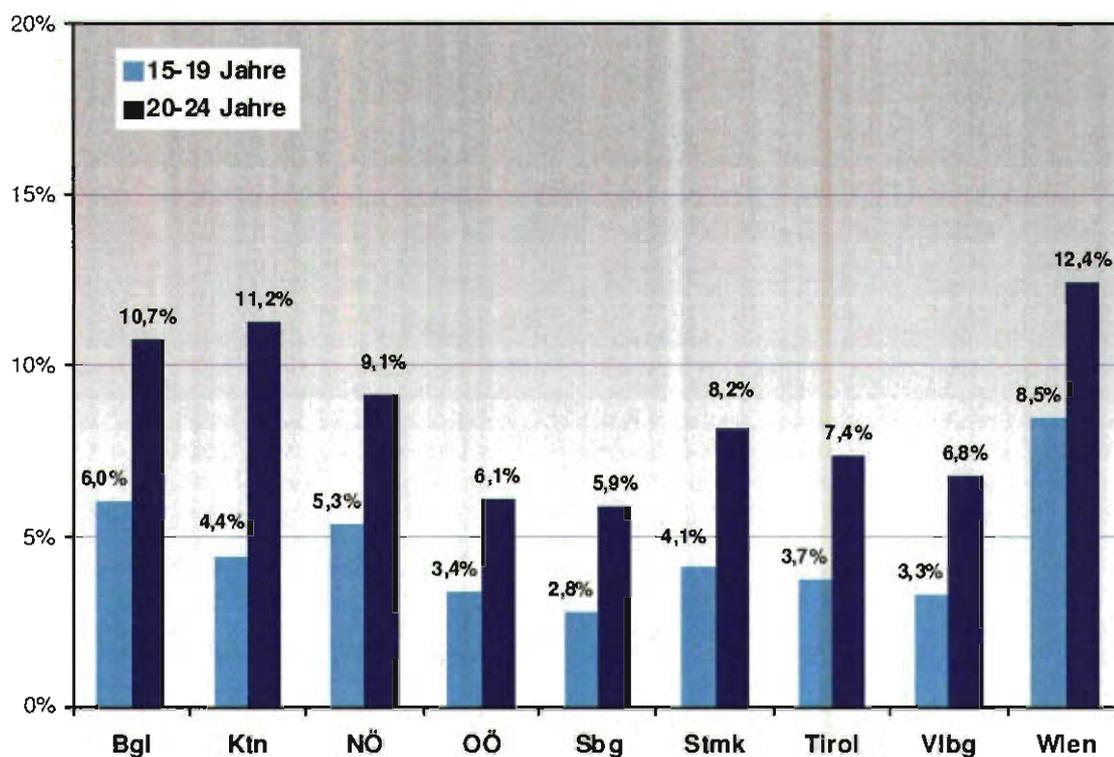
Quelle: BMASK (BALIweb)

Anmerkung: Verwendung der „Neuen“ Beschäftigtendaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (d.h. u.a. inkl. freie Dienstverträge)

Im Vergleich der Bundesländer können 2011 die niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten (beide Altersgruppen) in Salzburg beobachtet werden (vgl. Grafik 7-3). Die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen betrug hier 2,8% und jene der 20- bis 24-Jährigen 5,9%.

Die höchste Jugendarbeitslosenquote lässt sich bei den 15- bis 19-Jährigen in Wien (8,5%) feststellen, bei den 20- bis 24-Jährigen ebenfalls in Wien (12,4%), sowie in Kärnten (11,2%) und im Burgenland (10,7%).

Grafik 7-3: Jugendarbeitslosenquoten nach Bundesländern
(Jahresdurchschnitte 2011; Nationale Berechnungsweise (AMS))

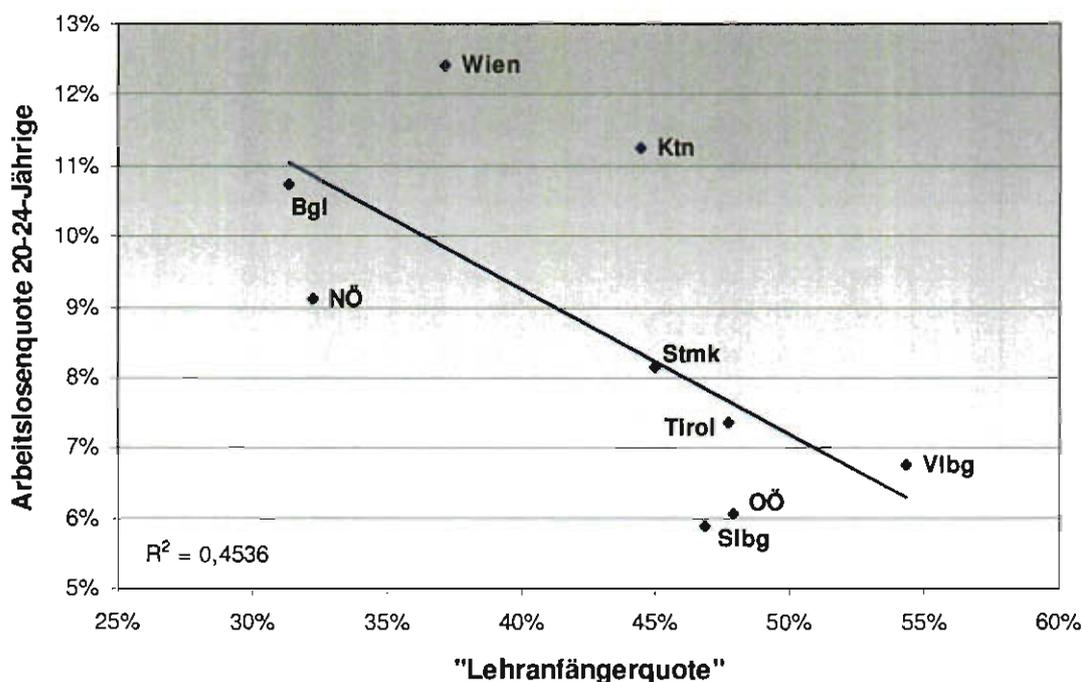


Quelle: BMASK (BALIweb)

Anmerkung: Verwendung der „Neuen“ Beschäftigtendaten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (d.h. u.a. inkl. freie Dienstverträge)

Die Jugendarbeitslosenquoten nach Bundesländern weisen auch im Jahr 2011 eine sehr starke negative Korrelation (15-19 Jahre: $r = -0,73$ / 20-24 Jahre: $r = -0,67$) mit der Zahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr in Relation zu den 15-Jährigen (hier vereinfacht als „LehranfängerInnenquote“ bezeichnet) auf. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass die **Jugendarbeitslosenquote tendenziell niedriger ist, je mehr Jugendliche eines Altersjahrgangs eine Lehrausbildung absolvieren**. Da dies auch auf die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen zutrifft, die in der Regel die Lehrausbildung bereits vollendet haben, verdeutlicht dies den positiven Effekt der dualen Berufsausbildung auf die Arbeitsmarktintegration Jugendlicher bzw. Jungerwachsener (vgl. Grafik 7-4).

Grafik 7-4: Zusammenhang Jugendarbeitslosenquote (der 20- bis 24-Jährigen) und „LehranfängerInnenquote“ nach Bundesländern (2011)



Quellen: BMASK (BALweb): Jugendarbeitslosigkeitsquote (Jahresdurchschnittswerte 2011), Statistik Austria: Zahl der 15-Jährigen im Jahresdurchschnitt (2011), WKÖ: Zahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr (31.12.2011) + ibw-Berechnungen

Anmerkungen:

„LehranfängerInnenquote“ = Lehrlinge im 1. Lehrjahr / Zahl der 15-Jährigen (des jew. Bundeslandes)

Trendlinie mittels linearer Regression

Verwendung der „Neuen“ Beschäftigtendaten des Hauptverbands der österr. Sozialversicherungsträger (d.h. u.a. inkl. freie Dienstverträge)

8 Fachkräftebedarf und Beschäftigungsperspektiven

8.1 Demographische Entwicklung („Fachkräftelücke“)

Der (zukünftige) Fachkräfte(fehl)bedarf in Österreich steht nicht nur in einem starken Zusammenhang zum Qualifikationsbedarf der Wirtschaft, sondern auch zum (verfügbaren) Fachkräfteangebot, welches wiederum stark von der demographischen Entwicklung beeinflusst wird. Dabei wird in den nächsten Jahren von **zwei Seiten „demographischer Druck“ auf das Fachkräfteangebot** ausgeübt:

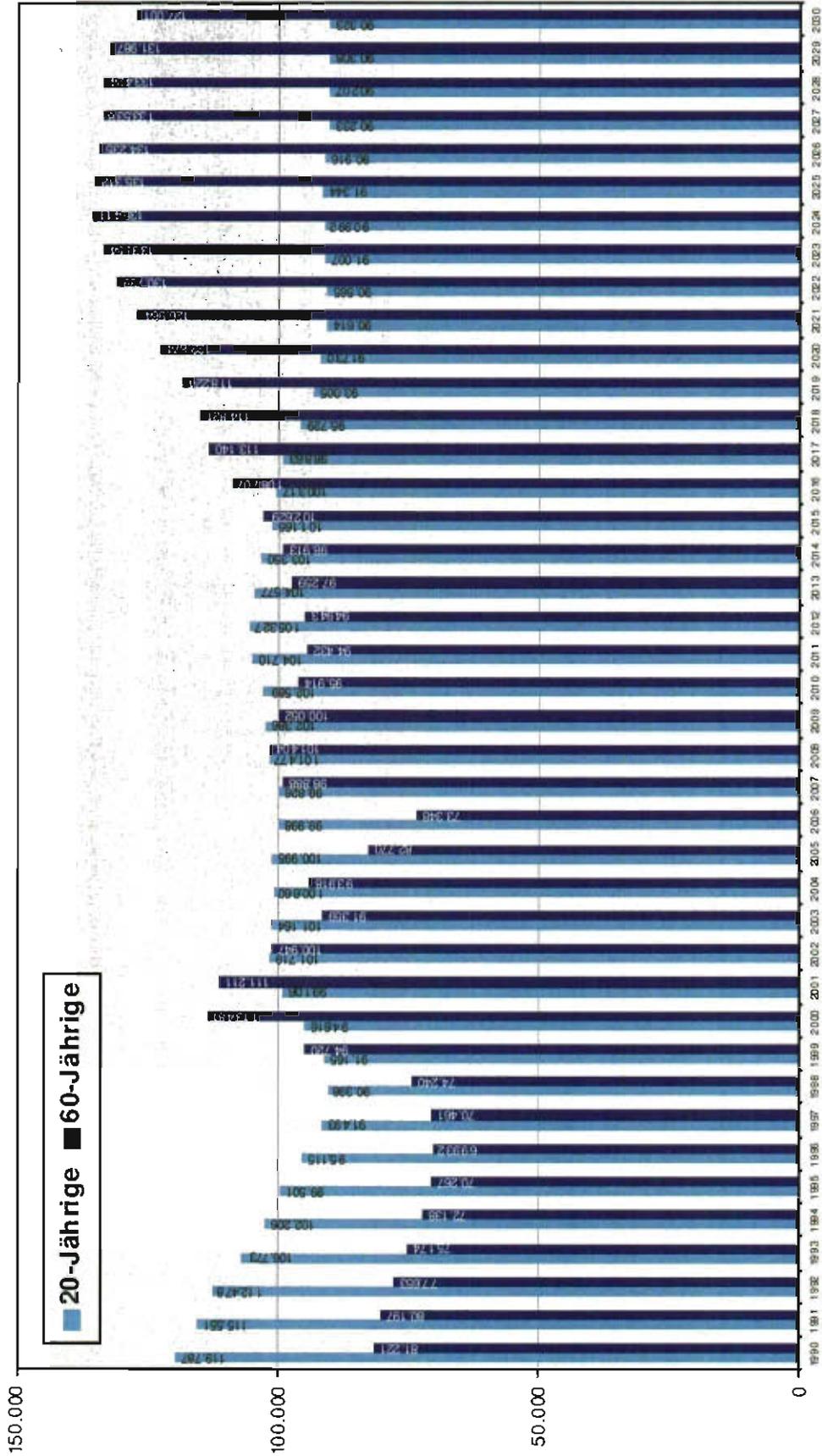
- **sinkende Zahl an BerufseinsteigerInnen** (Jugendliche)
- **steigende Zahl an BerufsaussteigerInnen** (Pensionierungen)

Besonders plastisch lässt sich diese Entwicklung veranschaulichen, wenn die Zahl der 20-Jährigen (als angenommenes Durchschnittsalter von BerufseinsteigerInnen) mit jener der 60-Jährigen (als angenommenes durchschnittliches Pensionsantrittsalter⁹⁷) verglichen wird (vgl. Grafik 8-1). Ab dem Jahr 2015 wird die Zahl der 60-Jährigen in Österreich höher sein als jene der 20-Jährigen. Am **Höhepunkt dieser demographischen „Lücke“ im Jahr 2024** werden 135.411 60-Jährigen lediglich 90.992 20-Jährige in Österreich gegenüberstehen, d.h. die Zahl der 60-Jährigen wird jene der 20-Jährigen um mehr als 40.000 Personen überragen (Quelle: Statistik Austria + ibw-Berechnungen).

Auch wenn diese Betrachtungsweise den Umstand vernachlässigt, dass davon auszugehen ist, dass diese „Lücke“ durch einen positiven (Zu-)Wanderungssaldo bei den 20- bis 60-Jährigen abgeschwächt wird, so werden die Auswirkungen auf das Fachkräfteangebot in Österreich doch massiv sein. Eine weitere Modellrechnung zu dieser demographischen „Lücke“, welche auch die gesamte Zuwanderung (gemäß Hauptszenario der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria) berücksichtigt, veranschaulicht dies deutlich (vgl. Grafik 8-2): Die **Zahl der 20- bis 60-Jährigen** (d.h. in etwa die Zahl der Personen im erwerbsfähigen bzw. üblicherweise erwerbstätigen Alter) wird **ab dem Langzeithöhepunkt im Jahr 2017** (4.929.818 Personen) **bis zum Jahr 2030** (4.634.387 Personen) **um fast 300.000 Personen zurückgehen** (Quelle: Statistik Austria + ibw-Berechnungen).

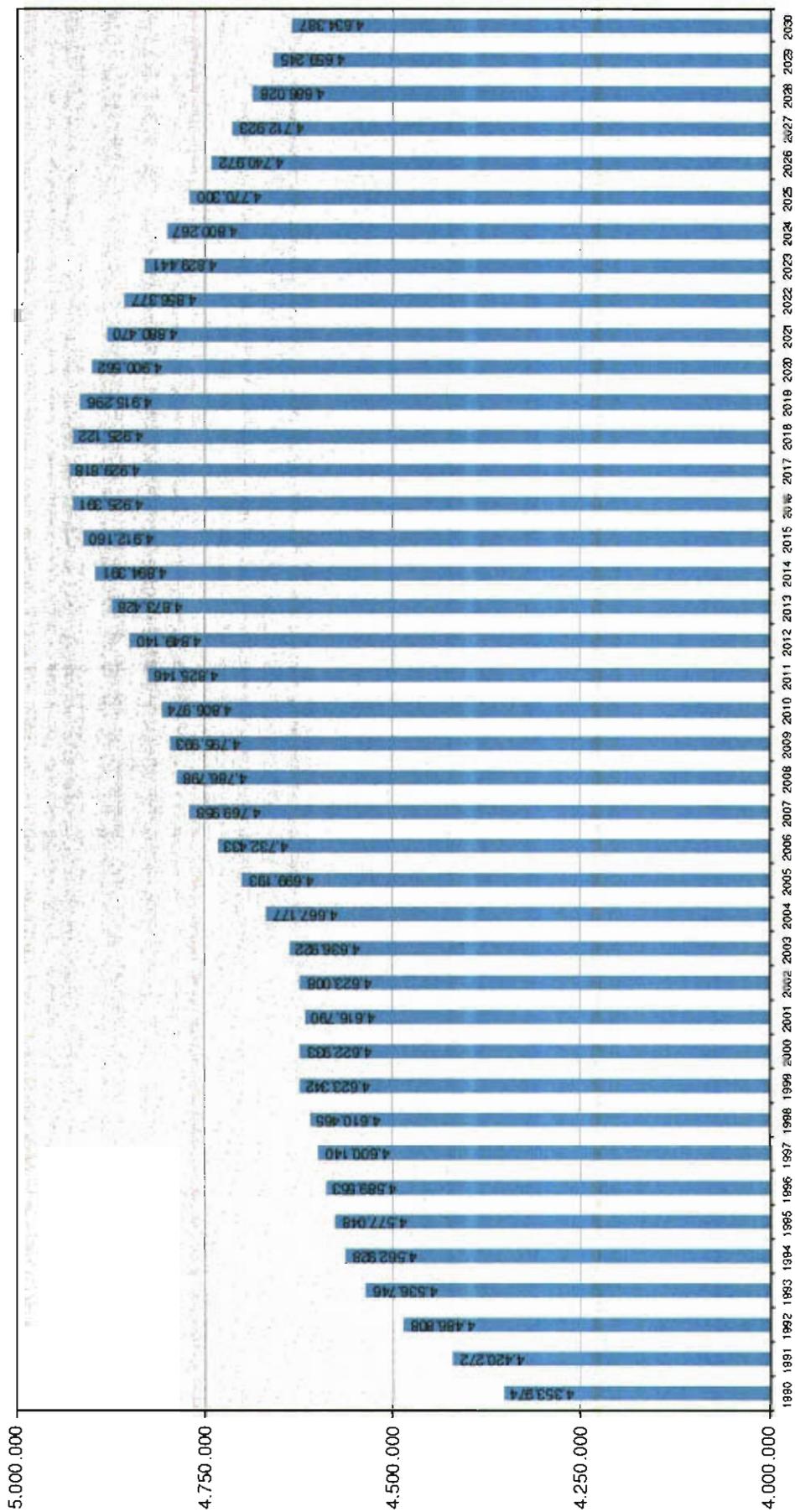
⁹⁷ Anmerkung zum Pensionsantrittsalter: Im Jahr 2009 lag österreichweit das durchschnittliche Alter der Pensionsneuzuerkennungen (ausschließlich Alterspensionen) in der gesetzlichen Pensionsversicherung bei 60,8 Jahren, unter Einbeziehung der Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspensionen bei 58,2 Jahren (Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger). Aufgrund dieser empirischen Basis bietet sich daher die Verwendung der Zahl der 60-Jährigen als Indikator für die Zahl der Pensionsneueintritte an. Eine Erhöhung des tatsächlichen durchschnittlichen Pensionsantrittsalters in den nächsten Jahren würde selbstverständlich die Zahl der verfügbaren Fachkräfte erhöhen und die demographische „Lücke“ verringern.

Grafik 8-1: Zahl der 20-Jährigen und 60-Jährigen in Österreich
 Prognosewerte ab 2011 (Hauptzenario)



Quelle: Statistik Austria (Jahresdurchschnittswerte), Datenabfrage: 8.3.2012

Grafik 8-2: Zahl der 20-60 Jährigen in Österreich
(Prognosewerte ab 2010 (Hauptzenario))



Quelle: Statistik Austria + ibw-Berechnungen

8.2 Arbeitslosenquoten nach Ausbildungsebene

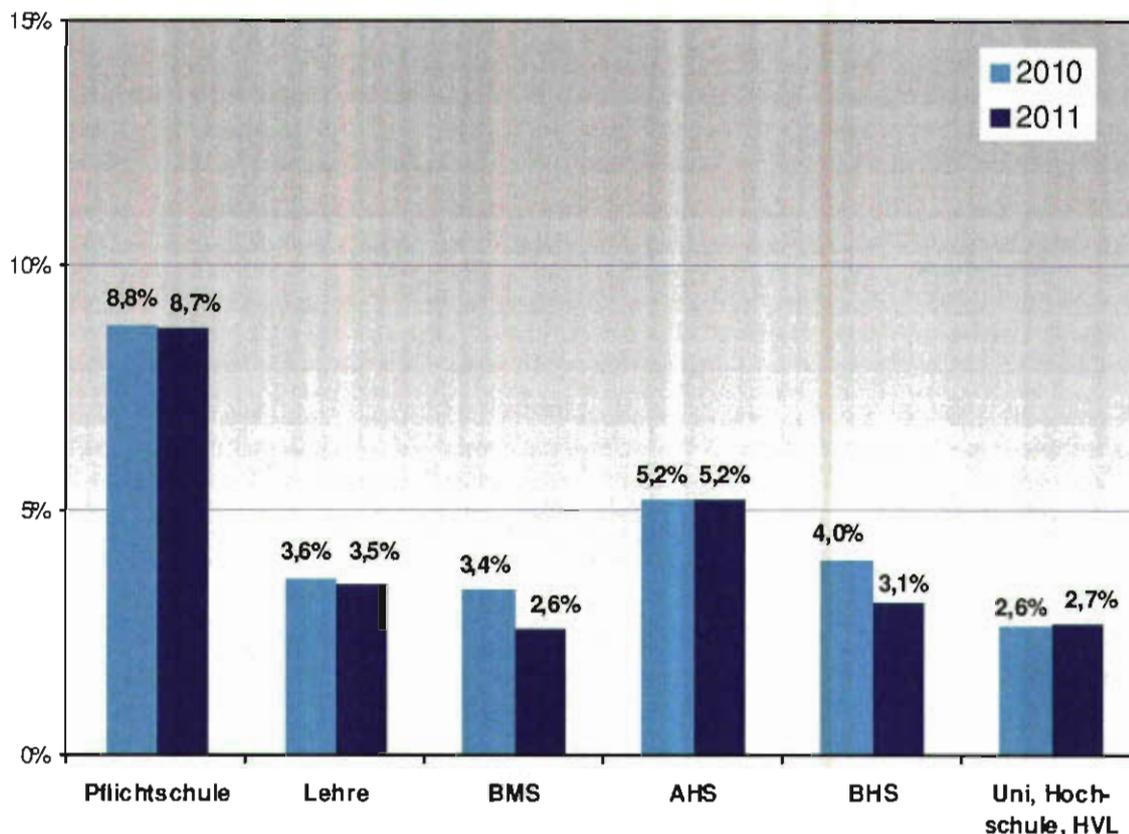
Zur Analyse des Fachkräftebedarfs und der Beschäftigungsperspektiven einzelner Qualifikationsstufen bietet sich als vermutlich transparenteste und plausibelste Betrachtungsmöglichkeit eine Untersuchung der Arbeitslosenquoten nach Ausbildungsebene an. Damit lassen sich das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungsperspektiven spezifischer Gruppen unmittelbar und sehr umfassend darstellen. Dies trifft für andere statistische Analysemöglichkeiten nicht in derselben Qualität zu. Exemplarisch sei die Analyse der offenen Stellen und Arbeitssuchenden angeführt, welche in besonderem Maße vom Meldeverhalten der Akteure und der jeweiligen Quelle abhängt. Beispielsweise unterscheidet sich die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in extremer Weise in Abhängigkeit von der jeweiligen Datenquelle (Meldungen beim AMS, Inserate in Printmedien, Online-Jobbörseninserate) – vgl. dazu Abschnitt 8.3.

Die Analyse der Arbeitslosenquoten nach höchster abgeschlossener Ausbildung zeigt, dass die **Arbeitslosenquote von Personen, welche höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, deutlich höher** (meist mehr als doppelt so hoch!) ist als jene von Personen, welche weiterführende Ausbildungen abgeschlossen haben. In welchem genauen Ausmaß dies der Fall ist, hängt nicht zuletzt von der Betrachtungsweise ab. Zwei Methoden zur Berechnung der Arbeitslosenquote haben sich in Österreich durchgesetzt: Jene des AMS und jene nach dem Labour Force-Konzept⁹⁸ (Statistik Austria). Letztere ist umfassender, weil hier u.a. auch selbständig Erwerbstätige (sowie nicht beim AMS vorgemerkte Arbeitslose) mitgezählt werden. Wenn nun diese Arbeitslosenquote nach internationaler Definition ermittelt wird, d.h. von Statistik Austria mittels Befragung (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung) erhoben und nach dem Labour Force-Konzept berechnet wird, dann betrug 2011 in Österreich die Arbeitslosenquote von Personen, welche höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, 8,7% (vgl. Grafik 8-3). Die Arbeitslosenquote aller anderen Gruppen (Bildungsniveaus) lag bei dieser Betrachtungsweise deutlich darunter. Die **niedrigsten Arbeitslosenquoten** wiesen 2011 die **AbsolventInnen einer berufsbildenden mittleren Schule (2,6%), einer Universität/Hochschule (2,7%), einer berufsbildenden höheren Schule (3,1%) sowie einer Lehre (3,5%)** auf. Diese Daten belegen die hohe berufliche Verwertbar-

⁹⁸ Nach dem Labour Force-Konzept (LFK) gelten jene Personen zwischen 15 und 74 Jahren als arbeitslos, die nicht erwerbstätig im Sinne des LFK sind, innerhalb der nächsten beiden Wochen eine Arbeit aufnehmen können und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben, oder bereits eine Stelle gefunden haben und diese in maximal drei Monaten antreten. Zu beachten ist, dass arbeitssuchende Personen, die ansonsten die Kriterien der Arbeitslosigkeit erfüllen würden (aktive Arbeitssuche, Verfügbarkeit), nach dieser Definition nicht als arbeitslos gelten, wenn sie eine oder wenige Stunden in der Referenzwoche gearbeitet haben. Saisonarbeitslose werden nach diesem Konzept somit nur dann als arbeitslos klassifiziert, wenn sie gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar und aktiv auf Arbeitssuche sind. Die Teilnahme an Schulungsmaßnahmen und Ausbildungen wird nicht in Form der Arbeitssuche betrachtet. Die Arbeitslosenquote ist dann der Anteil der Arbeitslosen nach LFK an der Zahl der Erwerbspersonen nach LFK. Die Zahl der Erwerbspersonen ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Damit sind also alle Personen bezeichnet, die am Erwerbsleben teilnehmen oder dies aktiv anstreben. Nach dem Labour Force-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde als Unselbständige, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige gearbeitet hat. Hat die Person nur aufgrund von Urlaub, Krankheit etc. nicht gearbeitet, geht aber ansonsten einer Arbeit nach, gilt sie ebenfalls als erwerbstätig. Personen in Elternkarenz und Kinderbetreuungsgeldbeziehende mit aufrechtem Dienstverhältnis, deren Karenzierung nicht länger als 22 Monate dauert, sowie Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen präsenz- und zivildienstleistende Personen. (Quelle: Statistik Austria)

keit und Arbeitsmarktrelevanz der beruflichen Bildung in Österreich recht eindrucksvoll, zumal die AbsolventInnen von allgemeinbildenden höheren Schulen eine spürbar höhere Arbeitslosenquote (5,2%) aufweisen. Insgesamt betrug nach dieser Berechnungsweise die Arbeitslosenquote für das Jahr 2011 in Österreich 4,1%.

Grafik 8-3: Arbeitslosenquote gemäß Labour Force-Konzept* nach höchster abgeschlossener Ausbildung (2010 + 2011, Österreich)
(Arbeitslosenquote gemäß internationaler Definition)



Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung)

Anmerkungen: Arbeitslosenquote gemäß LFK = Anteil der Arbeitslosen nach Labour Force-Konzept (LFK) an der Zahl der Erwerbspersonen nach LFK. Im Unterschied zur Berechnung der Arbeitslosenquote gemäß AMS werden hier also z.B. selbstständig Erwerbstätige mitgezählt. Zudem werden Personen, die bereits über eine Einstellungsvereinbarung verfügen, unter bestimmten Umständen (Antritt in mehr als 3 Monaten oder nicht innerhalb der nächsten beiden Wochen verfügbar) nicht als arbeitslos – sondern als Nicht-Erwerbspersonen – betrachtet. Selbstverständlich sind hier unter den arbeitslosen Personen auch welche enthalten, die nicht beim AMS als arbeitslos vorgemerkt sind. Letzteres dürfte der maßgebliche Grund für eine teilweise höhere AkademikerInnen-arbeitslosigkeit bei dieser Berechnungsweise sein.

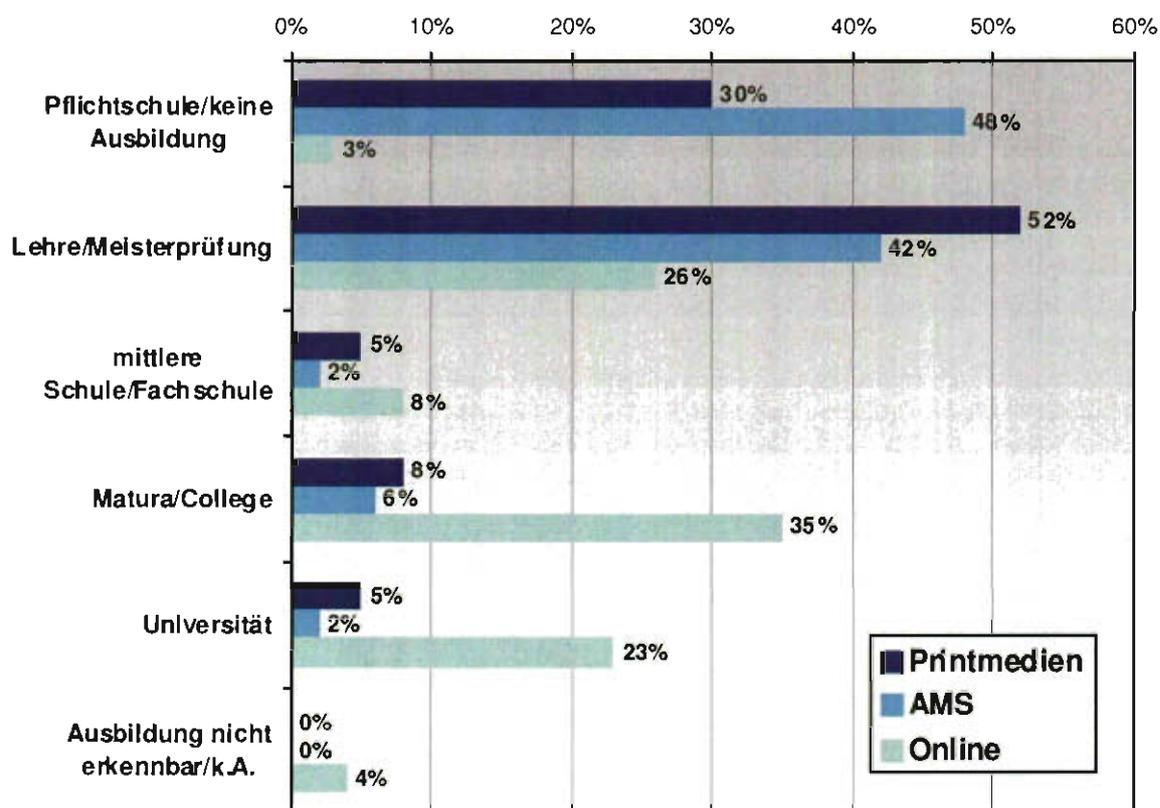
„Uni, Hochschule, HVL“ = Universität, Hochschule, hochschulverwandte Lehranstalt (ab 2004 auch inkl. Universitätslehrgänge).

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, wie wichtig eine weiterführende (berufliche) Ausbildung zur Verringerung des Arbeitslosigkeitsrisikos ist. Es sind daher weiterhin hohe und auch noch verstärkte Anstrengungen notwendig und sinnvoll, um die Quote von Jugendlichen ohne weiterführenden Bildungsabschluss niedrig zu halten und noch weiter zu verringern (vor allem bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund – vgl. Abschnitt 4.6).

8.3 Offene Stellen nach Ausbildungsebene

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Verwendung der Arbeitslosenquote vermutlich als das am besten geeignete (Einzel-)Instrument zur Analyse des Arbeitskräftebedarfs und der Beschäftigungsperspektiven nach Ausbildungsebene betrachtet werden kann. Besonders jene Indikatoren, die unter Einbeziehung der offenen Stellen errechnet werden (wie z.B. die Stellenandrangsziffer), leiden darunter, dass Analyse und Verteilung der Zahl der offenen Stellen nach Ausbildungsebene in besonders hohem Maße vom zur Meldung/Bekanntgabe der offenen Stellen verwendeten Medium abhängig sind. Grafik 8-4 veranschaulicht dies sehr plastisch. In den untersuchten Printmedien fanden sich 2011 die meisten Zugänge an offenen Stellen in Österreich für AbsolventInnen einer Lehre (52%), beim AMS für Personen, die lediglich über eine Pflichtschulausbildung verfügen (48%) und bei den untersuchten Online-Inseraten (Jobbörsen) war in einer relativen Mehrheit der Fälle ein/e Matura/College erforderlich (35%). Bei den Online-Inseraten (Jobbörsen) sind vor allem AkademikerInnen wesentlich stärker vertreten (23%) als etwa in den Printmedien (5%) oder beim AMS (2%).

Grafik 8-4: Stellenangebote in Printmedien, bei AMS und Online (Österreich)
Zugänge nach höchster abgeschlossener Ausbildung (2011) – RELATIV

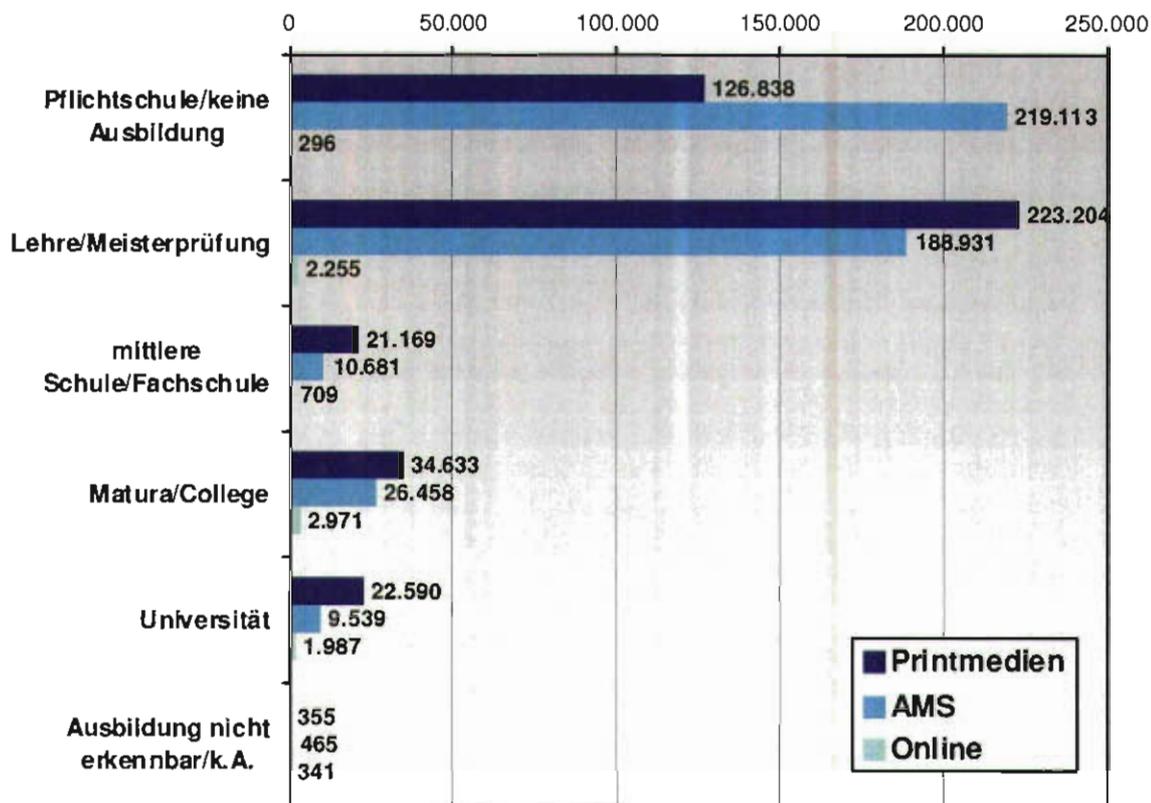


Quelle: Kostera, Doris (2012): Der Stellenmarkt in Österreich 2011 + ibw-Berechnungen

Anmerkung: Inkl. Teilzeitstellen und atypische Beschäftigungsformen

Absolut betrachtet wurden in Österreich 2011 eindeutig **die meisten offenen Stellen für AbsolventInnen einer Lehre/Meisterprüfung** angeboten. In (mind.⁹⁹) 223.204 Inseraten in Printmedien, in 188.931 gemeldeten offenen Stellen beim AMS sowie in (mind.) 2.255 Online-Inseraten wurden AbsolventInnen einer Lehre/Meisterprüfung gesucht (vgl. Grafik 8-5).¹⁰⁰

Grafik 8-5: Stellenangebote in Printmedien, bei AMS und Online (Österreich) Zugänge nach höchster abgeschlossener Ausbildung (2011) – ABSOLUT



Quelle: Kostera, Doris (2012): Der Stellenmarkt in Österreich 2011, Wien

Anmerkung: Inkl. Teilzeitstellen und atypische Beschäftigungsformen

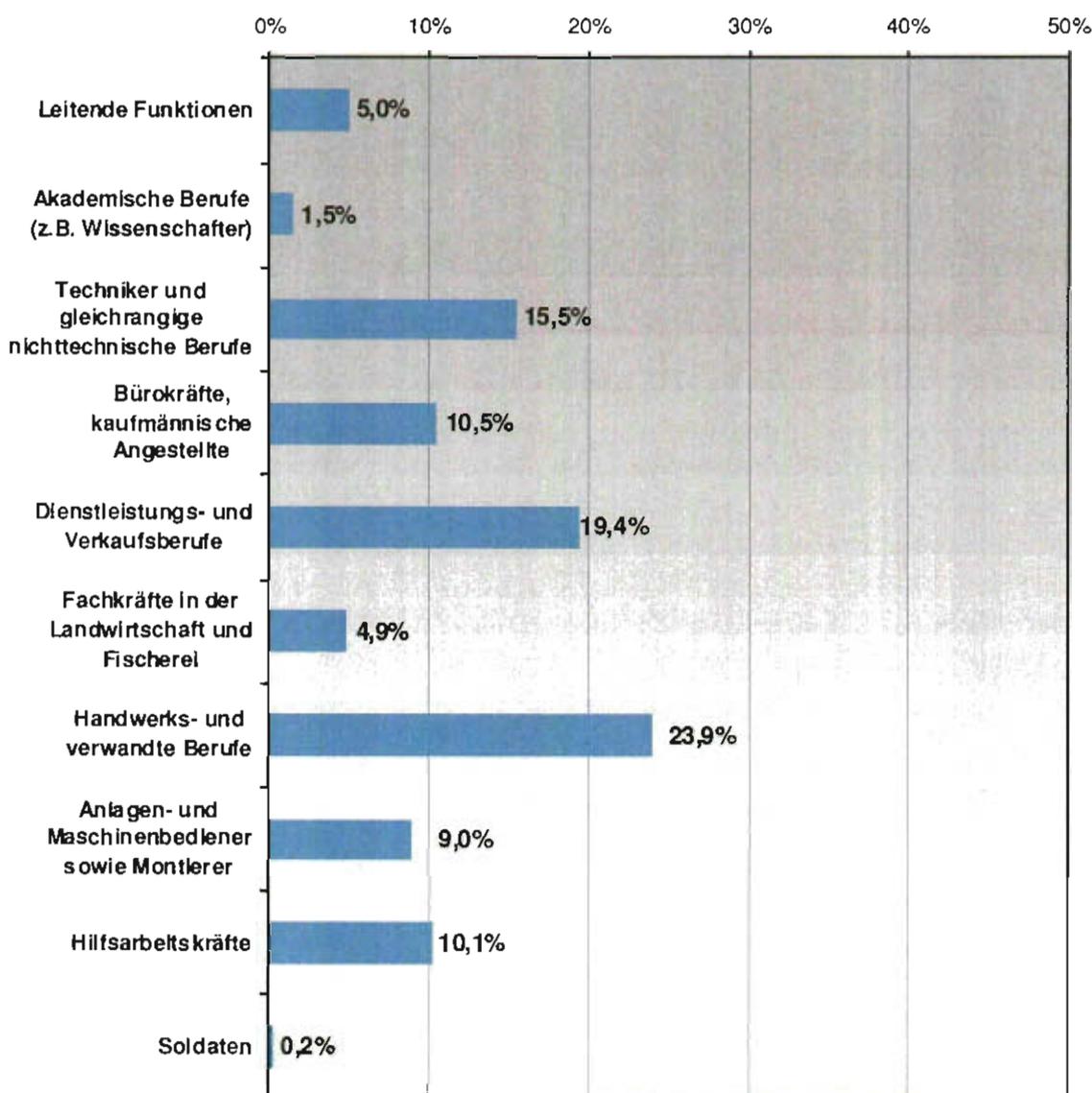
⁹⁹ Die Erhebung von Stellenangeboten in Printmedien bzw. Online-Jobbörsen kann selbstverständlich – trotz eines sehr umfangreichen Untersuchungsdesigns – nicht als Vollerhebung betrachtet werden.

¹⁰⁰ Quelle: Kostera, Doris (2012): Der Stellenmarkt in Österreich 2011, Wien

8.4 Beschäftigungslevels von LehrabsolventInnen

10,1% der Erwerbstätigen mit höchster abgeschlossener Ausbildung Lehre waren im Jahr 2011 gemäß Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung als Hilfsarbeitskräfte beschäftigt (vgl. Grafik 8-6). Dies bedeutet, dass umgekehrt daraus geschlossen werden kann, dass **89,9% der erwerbstätigen LehrabsolventInnen ausbildungsadäquat** – d.h. mindestens auf dem der Ausbildung entsprechenden Skill Level – **beschäftigt bzw. erwerbstätig** waren.

Grafik 8-6: Erwerbstätigkeit von LehrabsolventInnen nach ISCO-Berufshauptgruppen (Spaltenprozente, Summe = 100%)
(Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Lehre; 2011)



Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011) + ibw-Berechnungen

Anmerkungen: „Leitende Funktionen“ = Führungskräfte in der Privatwirtschaft, Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete.

9 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Zum Abschluss der vorliegenden Studie zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich mit dem Schwerpunkt auf die Jahre 2010 und 2011 lässt sich festhalten: Trotz internationaler Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise konnte Österreich seine EU-weit sehr gute Position im Bereich der Jugendbeschäftigung halten. Dennoch ist unübersehbar, dass die Wirtschaftskrise im Bereich der Jugendbeschäftigung auch in Österreich Spuren hinterlassen hat. In besonderem Maße ist zudem auf die zukünftigen Herausforderungen (Stichworte: demographischer Wandel und Fachkräftemangel) zu verweisen, denen die österreichische Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu begegnen hat.

Diese Gesamteinschätzung beruht auf folgenden zentralen Ergebnissen:

Österreich weist im europäischen Vergleich (EU 27-Länder) in allen hier untersuchten Indikatoren, welche in direktem Zusammenhang zur Situation der Jugendbeschäftigung zu sehen sind und vor allem Jugendarbeitslosigkeit und erreichte Bildungsabschlüsse betreffen, vergleichsweise günstige Werte auf (vgl. Grafik 3-1 bis Grafik 3-8).

Beispielsweise betrug die Jugendarbeitslosenquote (gemäß EUROSTAT) in Österreich im Jahr 2011 8,3%, in den EU-27-Ländern zusammen aber 21,4%. Österreich liegt damit innerhalb der EU hinsichtlich Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2011 an zweitgünstigster Stelle (knapp hinter den Niederlanden). Außerdem war in Österreich in den Jahren 2010 und 2011 – im Gegensatz zum EU-Durchschnitt und trotz neuerlicher Turbulenzen im Zuge der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – die Jugendarbeitslosigkeit rückläufig. In Österreich sank die Jugendarbeitslosenquote von 10,0% (2009) auf 8,3% (2011), in den EU-27-Ländern insgesamt stieg sie im selben Zeitraum von 20,1% auf 21,4%.

Als ein wesentlicher Grund für diese vergleichsweise gute Integration der Jugendlichen in das Beschäftigungssystem wird – neben der allgemein relativ niedrigen Arbeitslosigkeit – das hoch entwickelte System der beruflichen Erstausbildung (Lehrlingsausbildung, berufsbildende mittlere und höhere Schulen) in Österreich betrachtet¹⁰¹. In Österreich sind dabei sowohl die Ausbildungsbeteiligung als auch der Anteil der beruflichen Bildung in der Sekundarstufe II relativ hoch.

Insbesondere das System der dualen Lehrlingsausbildung (in Betrieb und Berufsschule) verschafft Österreich eine gute Position im internationalen Vergleich. Trotz dieser vergleichsweise guten Ausgangsposition Österreichs darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, dass von den Folgen der im Jahr 2008 erstmals akut gewordenen internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – sowohl in Österreich als auch in der EU insgesamt – be-

¹⁰¹ vgl. etwa Schneeberger, Arthur (2009): Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr – Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung, in: Specht, Werner W. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2, Graz

sonders die Jugendlichen betroffen waren. Ihre Arbeitslosenquote ist wesentlich stärker gestiegen als die Arbeitslosenquote der Älteren (über 25-Jährige). Als primäre Ursache für diesen überproportionalen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise kann der Umstand gesehen werden, dass viele Unternehmen auch bei fehlender Auslastung versuchen, nach Möglichkeit ihr bestehendes (älteres) Personal zu halten, aber die Zahl der Neueinstellungen (von Jüngeren) stark zurückgeht.

Als besondere Herausforderung für das System der österreichischen Berufsausbildung kann die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem bezeichnet werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass rund ein Drittel bis maximal die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne weiterführenden Bildungsabschluss aus dem Bildungssystem ausscheiden. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ist diese Zahl auf jeden Fall deutlich unter 10% anzusetzen.

Der geringe Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Lehrlingsausbildung ist sowohl aus bildungs- und integrationspolitischer Perspektive als auch aus der Perspektive der Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine prioritär zu lösende Aufgabe. Denn gerade auch angesichts des bis 2016 erwartbaren deutlichen Rückgangs der 15-Jährigen bzw. der BerufseinsteigerInnen insgesamt, verbunden mit einem massiven Anstieg an BerufsausstieglerInnen (Pensionierungen) bis 2025 und des sich dadurch **abzeichnenden eklatanten Fachkräftemangels**, gilt es dieses besondere Potenzial an zukünftigen Fachkräften zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist auch auf Mehrsprachigkeit als wichtige Humanressource und Wettbewerbsvorteil zu verweisen, nicht nur um fremdsprachige KundInnen (ZuwanderInnen und TouristInnen) in Österreich gezielt anzusprechen, sondern auch, weil die Mehrsprachigkeit vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund eine besondere Chance darstellt, den Internationalisierungsgrad und die Exportorientierung der österreichischen Wirtschaft insgesamt zu stärken.

Anhand dieser zentralen empirischen Befunde lassen sich auf Basis der vorliegenden Studie folgende **Empfehlungen** zur Optimierung der Situation der Jugendbeschäftigung in Österreich ableiten:

- Gerade angesichts der im Zuge der internationalen Finanz, Wirtschafts- und Schuldenkrise europaweit gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch angesichts des ab etwa 2016 drohenden massiven (demographisch bedingten) Fachkräftemangels ist die österreichische Politik, die das Ziel verfolgt, den **Abschluss einer weiterführenden (Berufs-)Ausbildung für alle Jugendlichen zu ermöglichen** (Stichwort „Ausbildungsgarantie“), unbedingt weiterzuführen und dort, wo dies möglich ist, auch noch weiter zu forcieren. Der Abschluss weiterführender Berufsausbildungen verringert beispielsweise das Arbeitslosigkeitsrisiko um mehr als die Hälfte.
- Der Fokus dieser Politik sollte dabei – neben einem ausreichenden und hochwertigen Angebot von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen – auf der Förderung der dualen betrieblichen Lehrausbildung liegen. Die überbetriebliche Lehrausbildung im Auftrag des AMS ist dabei so zu gestalten, dass diese als Ergänzung, nicht aber als Ersatz oder „Konkurrenz“ zur betrieblichen Lehrausbildung fungiert. Ansonsten be-

stünde die Gefahr ernsthafter „Systemstörungen“ (wie etwa Substitutionseffekte durch Ersatz/Verdrängung betrieblicher Lehrstellen). Dies wäre nicht nur für die Arbeitsmarktchancen der Jugendlichen (welche in der betrieblichen Ausbildung – d.h. in der unmittelbaren Bewährung am Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt – naturgemäß am größten sind¹⁰²) nachteilig, sondern auch aus pädagogischen¹⁰³ und volkswirtschaftlichen Gründen wenig wünschenswert. Zu letztgenanntem Aspekt ist darauf zu verweisen, dass die duale betriebliche Lehrausbildung jene Ausbildung innerhalb der Sekundarstufe II ist, welche den mit großem Abstand geringsten Einsatz öffentlicher Mittel erfordert. Umgekehrt ist die überbetriebliche Lehrausbildung im Auftrag des AMS die – aus öffentlicher Perspektive – mit großem Abstand teuerste Ausbildungsform, für die auch wesentlich mehr öffentliche Mittel benötigt werden als etwa für die Ausbildung in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass – selbst unter Berücksichtigung der höheren durchschnittlichen Ausbildungskosten – die aktuell dringend notwendige überbetriebliche Ausbildung eine mittel- und langfristig vernünftige Form darstellt, volkswirtschaftliche Folgekosten durch unzureichende Qualifizierung zu reduzieren. Denn es gilt einen möglichst hohen Anteil der Jugendlichen, die ihre Schulpflicht beendet haben, ohne Unterbrechung in weiterführende Bildungs- und Ausbildungssysteme überzuführen. Sind Jugendliche erst einmal längere Zeit (aus)bildungsfern, ist es umso schwieriger (und kostenintensiver), sie wieder an Bildung und Ausbildung heranzuführen.

- Unmittelbarer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der (unzureichenden) Integration von **Jugendlichen mit Migrationshintergrund** in das System der beruflichen Erstausbildung. Zur Vermeidung des frühen Ausscheidens aus dem Bildungssystem ist an erster Stelle **der Ausbau und die Intensivierung der Berufsorientierung, Bildungs- und Berufsberatung und die Sicherstellung eines niederschweligen Zugangs** (z.B. durch sozialpädagogische Begleitung, die direkt in der Schule ansetzt) zu nennen. Jugendliche mit Migrationshintergrund können im Zuge ihrer Bildungs- und Berufsorientierungsphase auf wesentlich weniger Ressourcen ihrer mit dem österreichischen Bildungssystem oft wenig vertrauten Eltern und sozialen Netzwerke zurückgreifen. Studien aus den Jahren 2006¹⁰⁴ und 2008¹⁰⁵ belegen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund auch von der Berufsorientierung in der Schule nur ungenügend erreicht werden. Die Aufwertung der schulischen Berufsorientierung bis hin zur **Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstands „Berufsorientierung“ in der 7. und 8. Schulstufe** und die Abkehr von der integrierten Form des Berufsorientierungsunterrichts, welche ganz offensichtlich zumindest für benachteiligte Jugendli-

¹⁰² Vgl. etwa Dornmayr, Helmut (2012): Berufseinmündung von AbsolventInnen der Integrativen Berufsausbildung – Eine Analyse der Beschäftigungsverläufe, ibw-Forschungsbericht Nr.167, Wien.

¹⁰³ Dies betrifft besondere Stärken der dualen betrieblichen Lehrausbildung, welche nur im Lernort Betrieb in dieser Art angeboten werden können, wie etwa das unmittelbare Lernen („learning by doing“) am Arbeitsplatz/Arbeitsmarkt, die direkte Partizipation an Arbeits- und Produktionsprozessen (inkl. der Entwicklung der dafür erforderlichen „Social Skills“) und die Orientierung an realen Produkten und Kundenbedürfnissen.

¹⁰⁴ Dornmayr, Helmut / Schlögl, Peter / Schneeberger, Arthur / Wieser, Regine (2006): Benachteiligte Jugendliche – Jugendliche ohne Berufsausbildung, Forschungsbericht von ibw und öibf, Wien.

¹⁰⁵ Wieser, Regine / Dornmayr, Helmut / Neubauer, Barbara / Rothmüller, Barbara (2008): Bildungs- und Berufsberatung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen Ende der Pflichtschule, Forschungsbericht von öibf und ibw, Wien.

che nicht ausreichend und in manchen Fällen vmtl. auch fast gar nicht erfolgt, erscheinen daher dringend geboten. Letzten Endes ist – angesichts der relativ frühen und weitreichenden Bildungswahlentscheidungen nach der 8. Schulstufe – die Schule auch der einzige Ort, wo alle Jugendlichen institutionell und rechtzeitig erreicht werden können. Zur Umsetzung eines obligatorischen Berufsorientierungsunterrichtes in der Pflichtschule wäre zudem die Beiziehung von externen Arbeitsmarkt- und BildungsexpertInnen und entsprechend qualifizierten BeraterInnen unbedingt anzuraten.

- Um die Ausbildungsintegration möglichst aller Jugendlichen noch weiter zu steigern, sind auch **Reformen im Übergang von der Pflichtschule in weiterführende Ausbildungen (Sekundarstufe II) anzuregen**: Um die Bildungs- und Berufschancen benachteiligter Jugendlicher (insbesondere auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund) zu erhöhen, wäre es unter anderem wichtig, das **früh- und vorzeitige Ausscheiden aus dem Bildungssystem möglichst zu verhindern**. Insbesondere das Ausscheiden vor dem Erreichen der 9. Schulstufe, von dem vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen sind¹⁰⁶, könnte beispielsweise dadurch verhindert/verringert werden, dass die **neunjährige Schulpflicht auf (mindestens) zehn Jahre erstreckt wird, wenn im Zuge der Schulpflicht die 9. Schulstufe noch nicht erreicht wurde**. Damit könnte die Zahl positiver Hauptschulabschlüsse erhöht und das Erreichen der für die Berufsorientierung und die Berufsinformation so wichtigen 9. Schulstufe (z.B. im Rahmen des Polytechnischen Lehrgangs) erleichtert werden.
- Um auch die **verstärkte Nutzung außerschulischer Berufsorientierungsangebote** zu fördern (z.B. den Besuch von Berufsinformationszentren, Bildungsmessen oder die Durchführung berufspraktischer Tage („Schnupperlehre“)), könnten zudem Instrumente herangezogen werden, welche die Inanspruchnahme von Beratungsangeboten mit entsprechenden „Incentives“ verbinden (z.B. in Form von Berufsorientierungspässen, welche die Angebotsnutzung mit Gutscheinen „belohnen“). Darüber hinaus ist eine verstärkte Unterstützung der Jugendlichen durch sozialpädagogische Begleitung und Coachingangebote zu empfehlen. Da eine ausreichende Berufsorientierung und eine an den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten orientierte und mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes abgestimmte Bildungs- und Berufswahl als Fundament erfolgreicher Bildungs- und Berufskarrieren betrachtet werden kann, ist hier in jedem Fall auch der Einsatz von unorthodoxen Mitteln und Individualförderungen gerechtfertigt – auch aus bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher Perspektive.
- In diesem Zusammenhang ist auch eine **Steigerung der Praxisorientierung im gesamten Bildungswesen – vor allem aber in der Pflichtschule** – anzuregen (z.B. mittels Betriebspraktika für LehrerInnen), um einerseits die Integration von Jugendlichen mit praktischen Begabungen in das (duale oder vollzeitschulische) Bildungssystem zu forcieren (weitere Senkung der Drop-Out-Quote) und um andererseits die Entwicklung und Entdeckung solcher Begabungen überhaupt erst zu ermöglichen und speziell auch das Interesse für handwerklich-technische Berufe zu wecken und

¹⁰⁶ vgl. Dornmayr, Helmut / Nowak, Sabine (2011): Lehrlingsausbildung im Überblick 2011 – Strukturdaten, Trends und Perspektiven, ibw-Forschungsbericht Nr. 163, Wien

zu fördern. In diesem Zusammenhang ist auch die **Etablierung bzw. der Ausbau eines handwerklich-technischen Unterrichtes** in der Pflichtschule anzuregen, wobei als wichtigste Prämisse die praktische Verwertbarkeit und unmittelbare Anwendbarkeit des erworbenen Wissens (z.B. für Reparaturen im Haushalt, bei der Anwendung von IKT) und damit auch ein direkt erlebbarer Nutzen zu beachten sein sollte.

- Wesentlich für den Erfolg in Ausbildung und Beruf sowie die Aus- und Weiterbildungsmotivation junger Menschen ist die Vermittlung und Förderung von Optimismus, Selbstvertrauen und Lebensfreude. Ein wichtiges Element dazu ist die Möglichkeit, die eigenen Stärken entdecken und entwickeln zu können. Das Bildungssystem als ganzes ist daher gefordert, alle (und nicht nur bestimmte kognitive) Stärken und Fähigkeiten junger Menschen zu fördern und anzuerkennen. Dies impliziert auch eine Abkehr vom Prinzip, den Fokus vorwiegend auf die Behebung von Schwächen zu legen bzw. den Umfang der Schwächen auch als wichtigstes Kriterium für den Schulerfolg bzw. -misserfolg (Klassenwiederholung) zu definieren. Die **Förderung und Fokussierung der (und möglichst aller) Stärken von jungen Menschen im Bildungssystem** betrifft neben den kognitiven Fähigkeiten etwa auch soziale und kommunikative Kompetenzen, aber auch motorische und sensorische Fähigkeiten und beispielsweise die Mehrsprachigkeit von vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Um Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärker den Zugang zu einer betrieblichen Lehrausbildung zu ermöglichen, sind darüber hinaus auch noch weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, wie etwa die rechtliche und bürokratische Vereinfachung der Beschäftigung von Lehrlingen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, spezielle Beratungs- und Coaching-Angebote für lehrausbildende Betriebe, die qualitative und quantitative Ausweitung von Kursen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse etc.
- Etablieren eines akzeptierten **Verfahrens der Berufsbildentwicklung**, das branchen- und berufsfeldübergreifend eine vergleichbare Herangehensweise bei der Identifikation und Festlegung berufsrelevanter Kenntnisse und Fertigkeiten unter durchgängiger lernergebnisorientierter Formulierung auf Kompetenzbasis festlegt und die Ergebnisse auch systematisch mit der Praxis im Rahmen des Prüfungshandelns koppelt.
- Neben den neu eingerichteten Verfahren zur begleitenden Unterstützung der betrieblichen Ausbildung (Beratungs- und Coachingangebot für Betriebe und Lehrlinge, Hilfestellung bei der Entwicklung von Ausbildungsplänen) können **prozessorientierte Qualitätssicherungsinstrumente**, wie etwa den Betrieben zur Verfügung gestellte Selbstevaluierungsinstrumente oder auch regelmäßige Maßnahmen zur Sicherstellung der betrieblichen Ausbildungsvoraussetzungen, die Qualität der betrieblichen Ausbildung fördern.
- Verstärkte Bewusstseinsbildung bezüglich der Bedeutung der regelmäßigen **Weiterbildung der AusbilderInnen in Hinblick auf pädagogisch-didaktische und persönlichkeitsbezogene Inhalte** für eine qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung von Jugendlichen.

- **Steigerung der Attraktivität der dualen Lehrausbildung**, etwa über die entsprechende Berücksichtigung beruflicher Höherqualifizierung im Zuge der NQR-Einordnung (z.B. Werkmeisterprüfung, Meisterprüfung).
- Um über mehr Daten betreffend den Erfolg von Ausbildungen bzw. von Reformen im Ausbildungssystem zu verfügen und rechtzeitig auf Veränderungen am Arbeitsmarkt reagieren zu können, kann auch Handlungspotenzial und -bedarf im Bereich des Datenmonitorings und der Beobachtungssysteme gesehen werden, d.h. der **systematischen und regelmäßigen Analyse von Ausbildungs- und Erwerbskarrieren inkl. Beobachtung der Übergänge von der Ausbildung ins Berufsleben**. Dies betrifft in Hinblick auf die Qualitätssicherung und -entwicklung im dualen Ausbildungsbereich neben inputorientierten auch prozess- und outputorientierte Indikatoren.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass angesichts des **(spätestens) ab 2016 drohenden** – demographisch bedingten (wesentlich mehr BerufsausstiegerInnen als BerufseinsteigerInnen erwartbar) – **massiven Fachkräftemangels** eine Aktivierung vielfältiger **Strategien zur optimalen Nutzung aller ungenutzten Qualifikationspotenziale** notwendig erscheint. Dies umfasst **auf Ebene der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung** etwa:

- Etablierung neuer Ausbildungskonzepte zur Nach- und Umqualifizierung von Erwachsenen unter Nutzung bereits erworbener Kompetenzen und Erfahrungen: Etwa von Erwerbstätigen in fast ausschließlich von Jugendlichen und Jungerwachsenen ausgeübten „Lebensphasenberufen“, von Gering Qualifizierten, von WiedereinsteigerInnen, von Personen mit Migrationshintergrund, etc. Als Good-Practice-Beispiel kann hier u.a. das oberösterreichische Projekt „Du kannst was“ fungieren. Eine wesentliche gesetzliche Grundlage dafür wurde bereits mit der BAG-Novelle 2011 (§23 Abs.11¹⁰⁷) geschaffen.
- Erhöhung des Anteils von Mädchen in technisch-handwerklichen Berufen u.a. durch frühe und stärkere Förderung des technischen Interesses in der schulischen Ausbildung.
- Entwicklung neuer Angebote/Modelle einer höheren (tertiären) Berufsbildung, um das bewährte und so bedeutende System der beruflichen Bildung (insbes. der Lehrlingsausbildung) in Österreich langfristig zu sichern und mit entsprechend attraktiven Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu verknüpfen.

¹⁰⁷ §23 Abs.11 BAG: „Bei Absolvierung von Bildungsmaßnahmen im Rahmen von Projekten zur Höherqualifizierung, die vom Landes-Berufsausbildungsbeirat hinsichtlich ihrer Eignung zur Heranführung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Lehrabschlussprüfung positiv beschlossen wurden, kann die Lehrlingsstelle festlegen, dass die praktische Prüfung der Lehrabschlussprüfung gemäß Abs. 5 lit. a in zwei Teilen abgelegt werden kann. In diesem Fall besteht der erste Teil aus einer Feststellung der erworbenen Qualifikationen durch die Lehrlingsstelle unter Beiziehung eines gemäß § 22 nominierten Kommissionsmitglieds. Im zweiten Teil hat der Prüfungskandidat vor der Prüfungskommission die noch fehlenden Qualifikationen nachzuweisen. Insgesamt sind alle Teile der praktischen Prüfung abzudecken. Für den Antritt zur praktischen Prüfung in dieser Form ist die Vollendung des 22. Lebensjahres des Prüfungskandidaten Voraussetzung.“

Literaturverzeichnis

AMS: Arbeitsmarktstatistik

BBAB / BMWFJ (2011): Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19 c BAG, Fassung vom 27. Jänner.

BBAB (2012): Beschluss des Förderausschusses des Bundes-Berufsausbildungsbeirates vom 24. April. Kriterien und Abwicklungsmodalitäten zur Förderart II.8 „Gleichmäßiger Zugang von jungen Frauen und jungen Männern zu den verschiedenen Lehrberufen“, o.O.

Bergmann, Nadja / Lechner, Ferdinand / Matt, Ina / Riesenfelder, Andreas / Schelepa, Susanne / Willsberger, Barbara (2011): Evaluierung der überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) in Österreich, Wien.

BMASK (2011): Dokumentation aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 1994–2011. Maßnahmen, Instrumente; Programme und Politiken; Reformschritte; Monitoring; Evaluierung. Wien.

BMUKK (2008): Richtlinien zum Förderprogramm „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung“, http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16691/berufsmatura_richtlinien.pdf, [03.05.2012].

BMWFJ (2012): Richtlinie gem. § 19 c Abs. 1 Z 8 Berufsausbildungsgesetz vom 3. Februar.

Dornmayr, Helmut (2012): Berufseinmündung von AbsolventInnen der Integrativen Berufsausbildung – Eine Analyse der Beschäftigungsverläufe, ibw-Forschungsbericht Nr.167, Wien.

Dornmayr, Helmut / Nowak, Sabine (2011): Lehrlingsausbildung im Überblick 2011 – Strukturdaten, Trends und Perspektiven, ibw-Forschungsbericht Nr. 163, Wien.

Dornmayr, Helmut (2010): Einstiegsqualifikationen von Wiener Lehrstellensuchenden, Forschungsbericht des ibw, Wien.

Dornmayr, Helmut / Wieser, Regine (2010): Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2008-2009, Forschungsbericht von ibw und öibf im Auftrag des BMWFJ, Wien.

Dornmayr, Helmut / Wieser, Regine / Henkel, Susanna (2007): Einstiegsqualifikationen von Lehrstellensuchenden, Forschungsbericht von ibw und öibf, Wien.

Dornmayr, Helmut / Schlögl, Peter / Schneeberger, Arthur / Wieser, Regine (2006): Benachteiligte Jugendliche – Jugendliche ohne Berufsausbildung, Forschungsbericht von ibw und öibf, Wien.

EUROSTAT (Europäische Kommission): Statistiken (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>).

Förderausschuss (2011): Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19 c BAG, Fassung vom 27. Jänner.

Gregoritsch, Petra / Kernbeiß, Günter / Prammer-Waldhör, Michaela / Timar, Paul / Wagner-Pinter, Michael (2009): Lehrlingsausbildung: Angebot und Nachfrage, Entwicklung und Prognosen 2008 bis 2013, Wien.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2012): Beschäftigte in Österreich – Jahresdurchschnitt 2011.

Heckl, Eva / Dörflinger, Celine / Dorr, Andrea / Klimmer, Susanne (2008): Evaluierung der integrativen Berufsausbildung (IBA), Endbericht, Wien.

Klimmer, Susanne / Schlögl, Peter (1999): Die Berufsreifeprüfung – Eine erste Evaluierung. Wien.

Kommuniqué der für die berufliche Bildung zuständigen europäischen Minister, der europäischen Sozialpartner und der Europäischen Kommission nach ihrer Zusammenkunft in Brügge am 7. Dezember 2010 (Quelle: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/vocational/bruges_de.pdf).

Kostera, Doris (2012): Der Stellenmarkt in Österreich 2011, Wien.

Schneeberger, Arthur (2009): Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr – Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung. In: Specht, Werner W. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2, Graz.

Specht, Werner W. (Hrsg.) (2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2, Graz.

Statistik Austria (2012): Bildung in Zahlen 2010/11. Wien.

Statistik Austria (2012): Arbeitsmarktstatistik Jahresergebnisse 2011 (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung), Schnellbericht 5.8.

Tritscher-Archan, Sabine (2009). Praxis Österreich: Modularisierung der österreichischen Lehrberufe. In: Pilz (Hg) (2009). Modularisierungsansätze in der Berufsbildung. Bielefeld S.71-82.

ibw/öibf-Forschungsbericht (Endfassung)

Jugendbeschäftigung in Österreich 2010-2011

Tritscher-Archan, Sabine (2006): Modularisierung der Lehrlingsausbildung. Status quo Analyse und Expertenbefragung, ibw-research brief Nr. 20, Wien.

Wallner, Josef / Schlögl, Peter (2011): Duale Ausbildung. Neuformulierung der Ordnungsmittel. Darstellung der Gesamtqualifikation („Kompetenz-Nachweis“), o.O., 23. Mai.

Wieser, Regine / Dornmayr, Helmut / Neubauer, Barbara / Rothmüller, Barbara (2008): Bildungs- und Berufsberatung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen Ende der Pflichtschule, Forschungsbericht von öibf und ibw, Wien.

WKÖ (2012): Lehrlingsstatistik 2011.

WKÖ (2012): Lehrabschlussprüfungsstatistik 2011.

AutorInnenverzeichnis

Kapitel 0 (Executive Summary): Helmut Dornmayr (ibw), Regine Wieser (öibf)

Kapitel 1 (Einleitung): Helmut Dornmayr (ibw), Regine Wieser (öibf)

Kapitel 2 (Maßnahmen):

Abschnitt 2.1, 2.3, 2.7: Regine Wieser/Martin Mayerl (öibf)

Abschnitt 2.2, 2.4 - 2.6, 2.8, 2.9: Helmut Dornmayr (ibw), Regine Wieser/Martin Mayerl (öibf)

Abschnitt 2.10, 2.11: Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 3 (Europäischer Vergleich): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 4 (Duale Berufsausbildung): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 5 (Jugend ohne Ausbildung): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 6 (Jugend in Beschäftigung): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 7 (Jugendarbeitslosigkeit): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 8 (Fachkräftebedarf): Helmut Dornmayr (ibw)

Kapitel 9 (Schlussfolgerungen): Helmut Dornmayr (ibw), Regine Wieser (öibf)



**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, FAMILIE UND JUGEND**

1011 Wien | Stubenring 1 | www.bmwfj.gv.at